

Mosbach, den 28. Okt. 1980

I. Der Bebauungsplan der Gemeinde Haßmersheim für das Baugebiet

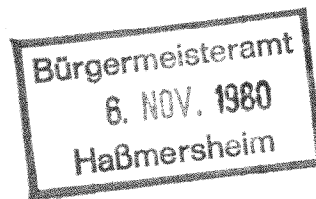
"Nord II",

Gemarkung Haßmersheim

wird gem. § 11 BBauG i.d.F. vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256),
geäd. durch Gesetz vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949) i.V. mit § 1 der
Zweiten VO der Landesregierung zur Durchführung des BBauG vom 18.
Dezember 1979 (GBl. 1980 S. 42) unter ~~der~~/den in der Anlage aufgeführten
Auflage(n) g e n e h m i g t.

II. An .des..
Bürgermeisteramt
.....

6954 Haßmersheim



unter Anschluß der mit dem Genehmigungsvermerk versehenen 1. BBauPl-
Fertigung und den gemeindlichen Verfahrensakten. Auf die dortige Ge-
nehmigungsvorlage -hier eingegangen am 7. Aug. 1980 - wird Bezug
genommen.

Die 2. Fertigung des BBauPl wurde an die zuständige Baurechtsbehörde
abgegeben. Die 3. Fertigung haben wir zu den hiesigen Akten genommen.

Der genehmigte Bebauungsplan ~~entspricht den § 9 BBauG~~ besteht aus
zeichnerischen sowie schriftlichen Festsetzungen nach § 9 BBauG
.....
.....
.....

und genügt den Mindestfestsetzungen des § 30 BBauG. Ihm ist weiter
eine Begründung nach § 9 Abs. 8 BBauG beigelegt.

Der genehmigte Bebauungsplan wird gem. § 12 BBauG mit der ortsüblichen Bekanntmachung rechtsverbindlich. Er ist mit der Bebauungsplan-Begründung zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten und über seinen bzw. deren Inhalt ist auf Verlangen stets Auskunft zu erteilen. In der ortsüblichen Bekanntmachung ist desweiteren anzugeben, bei welcher Stelle der genehmigte Bebauungsplan während der allgemeinen Dienststunden eingesehen werden kann.

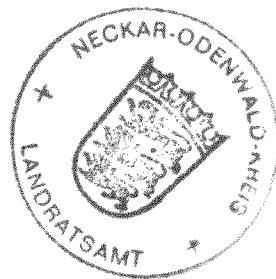
Bei der Bekanntmachung der Bebauungsplan-Genehmigung ist gem. § 155 a BBauG ausdrücklich auf die 1-jährige Ausschußfrist für die Geltendmachung von Verfahrens- oder Formvorschriftsverletzungen und die Rechtsfolgen hinzuweisen. Gleichzeitig ist außerdem noch auf den § 44 c Abs. 1 Satz 1 u. 2 sowie Abs. 2 BBauG besonders aufmerksam zu machen.

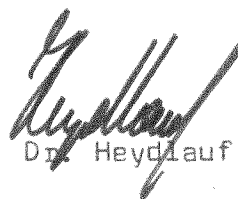
Der ordnungsgemäße Vollzug der ortsüblichen Bekanntmachung ist in urkundlicher Form (Unterschrift und Dienststempel) hierher nachzuweisen. Die nachgenannten Träger der öffentlichen Belange ~~sowie xxxxxx~~ sind von der Genehmigung und der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes von dort in Kenntnis zu setzen:

Straßenbauamt	Badenwerk
Wasserwirtschaftsamt	Kath. Kirchenvertretung
Gesundheitsamt	Ev. Kirchenvertretung
Landwirtschaftsamt	Regionalverband
Flurbereinigungsamt	Vermessungsamt
Kreisbeauftragter f. Naturschutz u. Land- schaftspflege	Fernmeldeamt
Polizei-Kommissariat	Gemeindeverwaltungsverband
Gewerbeaufsichtsamt	Forstamt
Staatl. Hochbauamt	xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx Liegenschaftsamt
Industrie- u. Handelskammer	Landesdenkmalamt, Karlsruhe
Notariat	Geolog. Landesamt
.....	Wehrbereichsverwaltung

Mit der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes tritt eine für dieses Gebiet evtl. bestehende Veränderungssperre außer Kraft (§ 17 Abs. 5 BBauG).

Aufgrund gegebener persönlicher Gebührenfreiheit (§ 6 Abs. 1 Ziffer 4 LGebG) ergeht diese Entscheidung gebührenfrei.



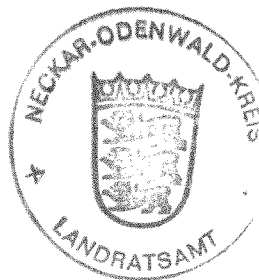

Dr. Heydlauf

Auflage(n) zum Genehmigungsbescheid des Bebauungsplanes

"Nord II"

Vor der ortsüblichen Bekanntmachung des genehmigten Bebauungsplanes
ist ~~nachstehender~~/nachstehenden Auflage(n) noch Rechnung zu tragen:

1. Die Ziffer 7.3.1 der schriftlichen Festsetzungen sollte zur Klarstellung folgenden Gesamtwortlaut erhalten:
"Einfriedigungen einschließlich Stützmauern dürfen zur Verkehrsfläche ein Maß von 100 cm Höhe nicht überschreiten, soweit sich hierfür durch die Ziffer 7.3.3 keine weitergehende Einschränkung ergibt."
2. Die Ziffer 7.3.4 der schriftlichen Festsetzungen ist ersatzlos zu streichen, da mangels Ermächtigungsgrundlage nicht zulässig (vergl. § 111 Abs. II LBO).



Mosbach, den 28. Okt. 1980.